



Österreichischer
Demokratie
Monitor

Ergebnisse der repräsentativen Befragung 2018

**Präsentation in Kooperation mit dem Österreichischen Parlament,
Palais Epstein am 14.11.2018**

Übersicht

1	Der ÖDM in Kürze	3
2	Eckdaten zur repräsentativen Befragung 2018	3
3	Ergebnisse ÖDM 2018	4
3.1	Kurzfassung	4
3.2	Ergebnisse im Detail	5
4	Wie kam es zum ÖDM.....	10
5	Die Plattform hinter dem ÖDM.....	10
6	Die Geschichte geht weiter: SORA startet erstmals Crowdfunding „für eine lebendige Demokratie“	11

1 Der ÖDM in Kürze

Die Zielsetzung anlässlich 100 Jahre Republik: Ein fundiertes Messinstrument mit höchster Datenqualität schaffen, für

- die verlässliche öffentliche Orientierung über die Demokratieentwicklung im Land
- die frühzeitige Erkennung von Warnsignalen und – darauf aufbauend –
- die rechtzeitige Entwicklung von Maßnahmen zur Erhaltung und Stärkung der Demokratie in Österreich.

Grundlage des **Österreichischen Demokratie Monitors (ÖDM)** ist eine große, jährliche **Bevölkerungs-Befragung**. Die Ergebnisse 2018 werden im Folgenden zusammengefasst.

Der wissenschaftliche Endbericht erscheint im Frühjahr 2019.

2 Eckdaten zur repräsentativen Befragung 2018

Grundgesamtheit: Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich

Stichprobengröße: n=2.158, darunter n=300 Menschen im Alter von 16 bis 26

Schwankungsbreite: max. +/- 2,1 für n=2.158, +/- 5,7 für n=300

Erhebung: Methodenmix telefonisch und online

Erhebungszeitraum: 30. August bis 8. Oktober 2018

3 Ergebnisse ÖDM 2018

3.1 Kurzfassung

100 Jahre nach Gründung der Ersten Republik ist die Demokratie in Österreich breit in der Bevölkerung verankert. **Fast neun von zehn befürworten die Demokratie als beste Staatsform.** Große Mehrheiten sprechen sich gegen eine Einschränkung unabhängiger Gerichte, Medien, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit oder der Rechte der Opposition aus.

Dennoch ist das autoritäre Gespenst nicht völlig aus dem Land verschwunden: 4 Prozent der Bevölkerung – das ist rund eine Viertelmillion Menschen – sprechen sich klar gegen die Demokratie und für eine autokratische Herrschaft aus. Es bleibt daher eine Aufgabe für alle Institutionen und gewählten Vertreter/innen, sich immer wieder klar zur Demokratie zu bekennen.

In der tieferen Analyse zeigt der ÖDM weitere **Warnsignale:**

So ist deutlich zu beobachten, wie eine zunehmende **ökonomische Unsicherheit die Zufriedenheit mit der Demokratie unter Druck gesetzt** hat:

- Menschen mit schlechten Arbeitsmarktchancen, in prekären Beschäftigungen oder mit geringen Einkommen sind bereits mehrheitlich unzufrieden damit, wie das politische System in Österreich funktioniert.
- Hinzu kommen Zukunftssorgen, die auch in der Mittelschicht auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie drücken.

Studienleiterin **Martina Zandonella:**

In einer Demokratie ist eine hundertprozentige Zufriedenheit mit dem Status quo weder zu erwarten noch wünschenswert. Doch auf Dauer müssen die Menschen merken, dass die zentralen demokratischen Versprechen wie Gleichheit, Mitbestimmung und Wohlstand auch für sie gelten. Wenn sie davon ausgeschlossen sind oder sich davon ausgeschlossen fühlen, kann die Unzufriedenheit mit dem „Output“ der Demokratie schließlich auf eine grundsätzliche Ablehnung dieser Staatsform durchschlagen.

Enttäuschung kann sich zu Politikverdrossenheit und Systemprotest verfestigen. Die Zahlen des ÖDM zeigen diese Gefahr deutlich auf: Menschen mit weniger Bildung und finanziellen Ressourcen beteiligen sich signifikant weniger an Politik – von Wahlen bis zur Mitgliedschaft in Interessensvertretungen. Im Sinne einer lebendigen Demokratie sind diese Befunde ein Weckruf, den drohenden **Kreislauf von Enttäuschung, fehlender Partizipation und mangelnder Repräsentation** zu durchbrechen.

Günther Ogris:

Es ist eine bleibende Herausforderungen für alle Demokratinnen und Demokraten, sich immer wieder neu um das Vertrauen der Menschen, den sozialen Ausgleich und eine bessere Zukunft für alle zu bemühen. Es darf uns kein Mensch für die Demokratie verloren gehen.

3.2 Ergebnisse im Detail

Demokratieverständnis

ÖsterreicherInnen haben ein breites Demokratieverständnis

Demokratie ist ein komplexer Begriff, der in Rechts- und Politikwissenschaften vielschichtig diskutiert wird. Aber was bedeutet Demokratie für die Menschen in Österreich?

Die Österreicherinnen und Österreicher haben ein breites Demokratieverständnis: Dazu gehören nicht nur Gewaltenteilung, freie Wahlen, und weitere Beteiligungsmöglichkeiten, sondern ebenso auch BürgerInnen-, Minderheiten- und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und der Schutz vor Willkür sowie soziale Rechte und sozialer Ausgleich.

Günther Ogris:

Unser Demokratieverständnis ist von der Geschichte der Zweiten Republik geprägt: eine starke repräsentative Demokratie mit unabhängigen Gerichten, Medien und Sozialpartnern, eine Orientierung am Interessensausgleich und am sozialen Ausgleich.

Demokratie im Alltag: Miteinander reden und Lösungen suchen

Sucht man hinter diesen abstrakten demokratischen Prinzipien nach einer alltäglichen Bedeutung von Demokratie, dann erweist sich das „Miteinander-Reden“ als breit verankerter Wert:

Neun von zehn (91%) stimmten in der Befragung zum ÖDM 2018 der Aussage zu: *„Demokratie bedeutet, dass Menschen mit unterschiedlichen Meinungen miteinander reden und gemeinsam Lösungen suchen“.*

Wir sieht es mit dem „Miteinander-Reden“ in der Praxis aus?

- Jede/r Fünfte diskutiert „oft“ mit Menschen über Politik, die grundlegend anderer Meinung sind.
- Weitere vier von zehn (43%) tun das zumindest gelegentlich.
- Ein gutes Viertel (26%) diskutiert selten und 10% nie über Politik mit Menschen, die anderer Meinung sind.

Zustimmung zum demokratischen System

Rund 9 von 10 sehen Demokratie als „beste Regierungsform“

Aktuell stimmen knapp neun von zehn Befragten (87%) der Aussage zu, dass „Demokratie die beste Staatsform ist, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“.

Dabei wünscht eine Mehrheit der Befragten für die Zukunft einen weiteren **Ausbau der demokratischen Rechte**, d.h.:

- Rechte der Arbeitnehmer (63% wünschen sich einen Ausbau)
- Beteiligungsmöglichkeiten (61%)
- Unabhängigkeit der Gerichte (49%)
- Unabhängigkeit der Medien (49%)
- Sozialstaat (46%)
- Meinungs- und Versammlungsfreiheit (40%)
- Rechte der Opposition (32%)
- Rechte der Unternehmen (23%)

Einschränkung der Checks & Balances wird strikt abgelehnt

Die Einschränkung von Medien, Gerichten, Meinungs- und Versammlungsfreiheit steht auf der Agenda selbst ernannter „illiberaler Demokratien“.

In Österreich lehnt eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung solche Maßnahmen strikt ab:

Auf die Frage: *„Soll die Regierung in Österreich die Unabhängigkeit der ... einschränken, ausbauen oder soll alles so bleiben, wie es ist?“*

- sprechen sich nur 5% für eine Einschränkung der Unabhängigkeit der Gerichte aus;
- 7% für eine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit
- je 8% für eine Einschränkung der Unabhängigkeit der Medien bzw. der Rechte der Opposition

Ein Drittel mit Bereitschaft für autoritäre Maßnahmen

Während die genannten Zahlen ein positives Bild zeichnen, offenbart die tiefere Analyse aktuell bei einem Drittel der Bevölkerung eine Bereitschaft für autoritäre Maßnahmen:

- 62% der Befragten sehen „Demokratie als beste Staatsform“ und lehnen jede Einschränkung der Medien, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, der Rechte der Opposition oder der Unabhängigkeit der Gerichte ab.
- 34% der Befragten haben autoritäre / illiberale Demokratievorstellungen. Sie stimmen grundsätzlich der Demokratie zu, sprechen sich aber für die

Einschränkung der Rechte von mindestens einem der genannten vier Grundpfeiler aus.

- 4% lehnen „Demokratie als beste Staatsform“ ab und unterstützen einen „starken Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“

Vertrauen und Bewertung der aktuellen Ausgestaltung der Demokratie in Österreich

Aktuelles Funktionieren der Demokratie: zwei Drittel sind zufrieden

Rund zwei Drittel der Befragten (64%) sind aktuell der Meinung, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Auf der anderen Seite bewertet ein Drittel das Funktionieren kritisch.

Darüber hinaus

- erleben 44% die Demokratie in Österreich als „eher lebendig“, 15% auf der anderen Seite als „eher tot“
- 38% erleben die Demokratie in Österreich als „eher stark“, 22% als „eher schwach“.
- Unter Befragten mit autoritären/illiberalen Demokratievorstellungen erleben nur 30% die Demokratie als eher stark und 26% als eher schwach.

Starkes Vertrauen in Polizei, Justiz, Behörden

Das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen ist unterschiedlich stark:

- Drei Viertel (75%) vertrauen der Polizei sehr oder ziemlich
- 66% der Justiz
- 60% Behörden und Ämtern
- 58% dem Bundespräsidenten
- 48% dem Parlament
- 43% der Bundesregierung
- 39% der EU

Ökonomische Unsicherheit drückt auf Institutionenvertrauen und Zufriedenheit mit der Demokratie

Dabei zeigt die genauere Analyse einen deutlichen Zusammenhang zwischen der ökonomischen Absicherung der Menschen und der Zufriedenheit bzw. dem Vertrauen in die Demokratie:

- Personen, die ihre finanzielle Absicherung für die Zukunft sehr gut einschätzen, sind zu 77% mit dem Funktionieren des politischen Systems zufrieden.

- Personen, die ihre finanzielle Absicherung für die Zukunft sehr schlecht einschätzen, sind das nur zu 40%. Über 8 von 10 in dieser Gruppe (86%) fühlen sich nicht mehr von der Politik repräsentiert.¹ Vier von zehn betrachten die österreichische Demokratie bereits generell als „eher ungerecht“.

Martina Zandonella:

Die Menschen müssen merken, dass die zentralen Versprechen einer Demokratie wie Gleichheit, Mitbestimmung und Wohlstand auch für sie gelten. Wenn sie sich auf Dauer davon ausgeschlossen fühlen, kann die Unzufriedenheit mit dem „Output“ der Demokratie schließlich auch auf eine grundsätzliche Ablehnung von Demokratie als System durchschlagen.

Politische Beteiligung

Politische Beteiligung ungleich verteilt

Wahlen sind in Österreich nach wie vor mit Abstand die am meisten verbreitete Form der politischen Beteiligung. So ist jüngst die Wahlbeteiligung etwa von der Nationalratswahl 2013 auf die Nationalratswahl 2017 sogar wieder angestiegen (von 74,9 auf 80%).

Auch im eigenen Umfeld beteiligt sich eine breite Mehrheit der Bevölkerung aktiv.

Betrachtet man hingegen weitere Beteiligungsformen wie das Engagement in Vereinen oder Bürgerinitiativen bis hin zur Mitgliedschaft in Parteien und Interessensvertretungen, zeigen sich deutliche soziale Unterschiede:

- Unter Personen mit Matura beteiligen sich 59% auch über Wahlen hinaus aktiv an Politik; unter Personen ohne Matura sind es nur 45%
- Personen, die ihre finanzielle Absicherung für die Zukunft sehr schlecht einschätzen, beteiligen sich gar nur mehr zu 37% über Wahlen hinaus an Politik. Ein Fünftel (21%) hat sich ganz von der Politik abgewandt und geht auch nicht mehr wählen.

Martina Zandonella:

Diese Menschen haben häufig keine positiven biographischen Erfahrungen mit Politik gemacht. Sie fühlen sich politisch schlecht vertreten, äußern ein geringeres politisches Interesse und sind politisch passiv oder aber enttäuscht bis wütend.

¹ Sie stimmen der Aussage „Die meisten Politiker leben in ihrer eigenen Welt und wissen gar nicht, wie es Menschen wie mir geht“ zu 69% sehr und zu 17% ziemlich zu.

Politische Bildung

Demokratisierungsschub in der Zweiten Republik

Die Institution Schule spielt eine zentrale Rolle für die Zukunft der Demokratie. Die Daten des ÖDM zeigen hier im Generationenvergleich einen deutlichen Demokratisierungsschub:

- In der Kriegs- und Nachkriegsgeneration (Jahrgänge bis 1955) sagt nur eine Minderheit von 28%, dass sie in der Kindheit an Entscheidungen in der Schule zumindest gelegentlich beteiligt war.

Mit den jüngeren Generationen steigt dieser Anteil kontinuierlich an:

- 47% der Babyboomer, 51% der Generation X und 65% der Generation Y sagen, dass sie in der Kindheit zumindest gelegentlich an Entscheidungen in der Schule beteiligt waren.
- Unter den jüngsten Befragten (16-22-Jährige) stagniert dieser Anteil allerdings und verbleibt bei 65%.

Politische Bildung aus Sicht der Jugend stark ausbaufähig

Die 16-26-Jährigen (n=300) wurden vertiefend zur politischen Bildung in ihrer Schulzeit befragt. Demnach ist eine Mehrheit der Jungen der Ansicht, selbst zu wenig politische Bildung erhalten zu haben:

- 52% sagen, sie haben „zu wenig“ gelernt, welche Rechte BürgerInnen haben (34% in „gerade richtigem Ausmaß“, 3% „zu viel“, Rest auf 100%: „keine Angabe“)
- 52% zu wenig gelernt, wie man politische Debatten führt
- 44% zu wenig gelernt, wie man sich beteiligen kann
- 43% zu wenig gelernt, wie Qualität politischer Berichterstattung beurteilt werden kann
- 41% zu wenig gelernt, wie Politik in Österreich funktioniert

Martina Zandonella:

Aus unserer Forschung wissen wir, dass sich junge Menschen für politische und soziale Themen interessieren. Das schulische Umfeld bietet eine große Chance, dieses Interesse für die politische Bildung abzuholen. Dafür braucht es aber ausreichend Zeit und Ressourcen, auch für die Lehrkräfte.²

² In einer SORA-Befragung (2014) unter Wiener Lehrkräften wünschten sich rund 6 von 10 mehr Zeit für politische Bildung, rund 7 von 10 bessere Lehrmaterialien und Schulbücher.

4 Wie kam es zum ÖDM

Eine Zahl und eine Idee

Es begann vor einem Jahr mit einer Zahl und einer Idee, die Günther Ogris in das SORA-Team getragen hat: 43% stimmten ein einer unserer Befragungen der Aussage zu, dass Österreich von einem „starken Mann“ regiert werden sollte.

Eine Zahl die erschreckt. Und die wir wissenschaftlich im größeren Zusammenhang sehen wollten: Was steckt hinter einer solchen Aussagen? Wo drückt der Schuh bei den Menschen?

Günther Ogris: *„Wir brauchen in Österreich fundierte und langfristige Zeitreihen zur Demokratie: einen Monitor, der regelmäßig beobachtet und frühzeitig Warnsignale erkennbar macht.“*

Initialzündung im April 2018 in Wien

Aus der Besprechung reifte der Entschluss, die Idee des „Österreichischen Demokratie Monitors“ weiterzuerzählen und UnterstützerInnen zu suchen.

Im April fand in einem voll besetzten Café „Michl's“ in Wien der öffentliche Startschuss statt für die Finanzierung des Projekts statt. Das Außergewöhnliche: Finanzierung nicht als Forschungsantrag oder Auftragsforschung, sondern über eine breite Plattform von unterschiedlichen Institutionen und UnterstützerInnen, denen an der Demokratie im Land gelegen ist.

5 Die Plattform hinter dem ÖDM

Unseres Wissens ist der Österreichischen Demokratie Monitors mit dieser Art der Finanzierung einzigartig im Land.

Weitere UnterstützerInnen werden noch gesucht. Bereits jetzt umfasst die Plattform:

- Deloitte Österreich
- Dr.-Karl-Renner-Institut
- GW Cosmetics GmbH
- Industriellenvereinigung
- Initiative Neues Lernen der Köck Privatstiftung
- MERKUR taxaid Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH
- NEOS Lab – Das liberale Forum
- Österreichischer Gewerkschaftsbund
- Österreichischer Städtebund
- PKF Centurion Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH
- RD Foundation Vienna
- TRAIN Consulting GmbH

Für den wissenschaftlichen Aufbau des empirischen Messinstruments des ÖDM wurde darüber hinaus erfolgreich beim **Zukunftsfonds der Republik Österreich** um eine Startfinanzierung angesucht.

Zukunftsfonds
der Republik Österreich

Kooperationspartner

Für die Zusammenarbeit bei der Veröffentlichung und Dissemination der Ergebnisse des Österreichischen Demokratie Monitors danken wir unseren Kooperationspartnern:

- Österreichisches Parlament
- ORF, Österreichischer Rundfunk

6 Die Geschichte geht weiter: SORA startet erstmals Crowdfunding „für eine lebendige Demokratie“

Respekt.net
CROWDFUNDING FÜR EINE
BESSERE GESELLSCHAFT

Das erste „Auge“ des Österreichischen Demokratie Monitors ist bereits finanziert und eingesetzt: das jährliche Monitoring der Demokratieentwicklung in der Bevölkerung – durch eine repräsentative Befragung und sozialwissenschaftliche Messung.

Das zweite „Auge“ fehlt noch. das Monitoring des demokratischen Lebens in den Institutionen und der gelebten Beteiligungsmöglichkeiten – durch einen Demokratischen Lebendigkeits-Check.

Lebendigkeits-Check: eine „Gesundenuntersuchung“ für die Demokratie

Der Demokratische Lebendigkeits-Check will im Rahmen des ÖDM eine solide Faktenbasis bereitstellen und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Dazu werden statistische Daten und international verfügbare Vergleichszahlen zusammengetragen, aufbereitet und daraus ein mehrdimensionaler Index berechnet.

Der Lebendigkeits-Check wird so zur jährlichen „Gesundenuntersuchung“ für unsere Demokratie:

Günther Ogris: *„Wir sind überzeugt: Für ein gutes und friedliches Leben im Land braucht es auf Dauer ein gesundes und lebendiges demokratisches Umfeld.“*

SORA startet erstmals Crowdfunding

Um dieses zweite Auge einzusetzen, startet SORA erstmals ein Crowdfunding, um die Finanzierung auf die breitest mögliche Basis zu stellen.

Unter dem Motto „für eine lebendige Demokratie“ ist die Crowdfunding-Kampagne über die Plattform [respekt.net](https://www.respekt.net) gestartet. Die Zielsetzung:

- Ab einem erreichten Betrag von 30.000 Euro kann SORA den Lebendigkeits-Check mit Eigenmitteln realisieren und so den Österreichischen Demokratie Monitor vervollständigen.

Ein Instrument für die Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft

Der Lebendigkeits-Check wird jährlich veröffentlicht und vervollständigt so den Österreichischen Demokratie Monitor.

Seine Daten stehen öffentlich zur Verfügung und schaffen eine solide Datenbasis für die demokratiepolitische Diskussion.

Für eine starke Anbindung an die demokratische Praxis wird der Aufbau des Lebendigkeits-Check von einem zivilgesellschaftlichen Beirat begleitet.